

Eltern wird Mitsprache verweigert

Ennepetal. Landesweit sorgt der Entwurf für ein neues Kinderbildungsgesetz (KiBiz) für heftige Kritik. Unter anderem sieht das Regelwerk höhere Elternbeiträge für die Betreuung im Kindergarten vor. Im Evangelischen Kindergarten Oberlinhaus wird seit gestern gegen das KiBiz protestiert. Leiterin Martina Brombosch über die Hintergründe der Aktion und die Folgen für die Betreuungsstätte.

Westfalenpost: Was genau kritisieren Sie am KiBiz?

Martina Brombosch: Die neuen Ideen sind gut, zum Beispiel die Betreuung der unter Dreijährigen und die flexiblen Öffnungszeiten für Familien. In unserem Kindergarten ist das allerdings schon lange Praxis. Ganz klar kritisieren wir die höheren Beiträge für Eltern. Ihnen wird vorgegaukelt, dass sie für mehr Geld auch mehr Betreuung bekommen. Aber das Gegenteil ist der Fall. Denn individuelle Gegebenheiten werden zukünftig nicht berücksichtigt und nur noch Pauschalen an die Kindergärten gezahlt. Außerdem wird den Eltern das Mitspracherecht entzogen. Bisher hatten die Eltern im Kindergarten-Rat eine Stimme, zukünftig dürfen sie nur noch zur Kenntnis nehmen und nicht mehr mitentscheiden.

Frage: Welche Folgen hat das für den Kindergarten Oberlinhaus?

Brombosch: Was genau auf uns zu kommt, wissen wir nicht. Wahrscheinlich müssen wir aber unsere Arbeitszeit kürzen, um mit dem Geld auszukommen. Weil außerdem die Sachkosten-Pauschale gekürzt werden soll, bleibt weniger Geld für Spielsachen und Bastelmaterial übrig. Obwohl wir mehr leisten sollen und es gerne auch würden, wird die Qualität der Betreuung schlechter werden.

Frage: Was tun Sie, um darauf aufmerksam zu machen, dass sie gegen das KiBiz sind?

Brombosch: An die Eltern haben wir schon Briefe geschickt und im persönlichen Gespräch versucht, die Sachlage darzulegen. Eine Info-Ecke im Eingangsbereich unseres Kindergartens gibt mit Zeitungsartikeln eine Übersicht über Protestaktionen in anderen Städten. Außerdem können sich alle auf der ausgelegten Unterschriftenliste vom Landeselternrat und an der Postkartenaktion an Familienminister Laschet beteiligen. Wer sich genau informieren möchte, kann sich bei uns auch den Gesetzesentwurf durchlesen.

Mit Martina Brombosch sprach WP-Redakteurin Hannah Senger.

16.07.2007